

Positionspapier

Wie Flüchtlings- und Migrationspolitik
Gesellschaftsentwicklung nachhaltig
beeinflusst





Seit Monaten beherrschen die Themen Flucht und Migration die politischen und gesellschaftlichen Debatten in unserem Land. Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen und der vorgezogenen Bundestagswahl ist davon auszugehen, dass diese Themen auch im Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen werden. Schaut man sich die Debatten näher an, so lassen sich die aktuellen Forderungen und Maßnahmen der politischen Entscheidungsträger*innen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik auf folgende Komponenten zusammenfassen: Abschottung, Eindämmung und Begrenzung. Hinzukommt die Verschärfung des europäischen Asylrechts.

Der populistische Ton in den politischen Debatten der letzten Monate hat seine negative Wirkungskraft entfaltet und die Themen Migration und Flucht zum Hauptproblem unseres Landes stigmatisiert. Durch diese Entwicklungen wurden die Zustimmungswerte zu Parteien an den politischen Rändern nicht verringert, sondern noch verstärkt.

Um es auf den Punkt zu bringen:

Die Debatten, Forderungen und der generelle Umgang mit dem Thema Flucht und Migration gefährden daher den Erhalt unserer Demokratie und befeuern erst recht die Ängste und Sorgen von allen Menschen in unserem Land. Die Folgen sind insbesondere für unsere Gesellschaft, in der wir leben und die wir auch weiteren Generationen auf der Basis unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung hinterlassen möchten, fatal.

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein friedliches Miteinander nicht weiter zu gefährden, benötigen wir dringend einen Richtungswechsel in der Debatte um die Migrations- und Flüchtlingspolitik. Wir brauchen vor allem eine Migrations- und Flüchtlingspolitik, die auf den gemeinsamen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Humanität und auch der Praktikabilität beruht.



1. Schutz der Grund- und Menschenrechte als oberstes Prinzip

Die Hemmschwelle, für die Herausforderungen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik Maßnahmen einzufordern, die mit den Grundrechten, der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar sind, sinkt immer mehr. Noch nie waren diese historischen Errungenschaften so unter Druck. Das Paradoxe hierbei ist, dass Politik immer wieder auf die Notwendigkeit des Schutzes unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung hinweist, jedoch andererseits politische und gesellschaftliche Herausforderungen zum Anlass genommen werden, eben genau diese Grundrechte für bestimmte Menschen in Frage zu stellen.

Forderungen wie Abschaffung oder Einschränkungen des individuellen Asylrechts oder der Einführung einer Obergrenze für Zuwanderung sind weder rechtlich legitimiert noch moralisch haltbar. Sie greifen die essentiellen Wertvorstellungen unserer Gesellschaft an und stellen historische Errungenschaften in Frage. Auch der politische Versuch, über rechtliche Gutachten immer härtere Forderungen im Bereich der Migrations- und Flüchtlingspolitik mit dem Rechtsstaatsprinzip in Einklang zu bringen, blendet die weitergehenden Konsequenzen für unsere Gesellschaftsentwicklung und den Gedanken der Humanität aus.

Denn auch rechtlich fundierte Lösungen können populistische Ziele bedienen und unsere Gesellschaft nachhaltig negativ beeinflussen. Die zentrale Frage, die wir uns zuerst stellen müssen, ist in erster Linie: Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der wir elementare Werte und demokratische Errungenschaften aufgrund von Herausforderungen in Frage stellen und sind wir bereit, in Grundrechte einzugreifen, die für alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft gelten? Was bedeutet in diesem Kontext unser Grundgesetz noch und insbesondere der Artikel 1 GG, der auf den Schutz der menschlichen Würde hinweist? Wenn die Axt an unseren Wertorientierungen angelegt wird, auf denen unser Grundgesetz basiert, dann treten wir nicht mehr für die Rechte und Würde aller Menschen in unserer Gesellschaft ein. Es drohen eine gesellschaftliche Spaltung, Zunahme von Hass und Hetze und vor allem der Anschein, dass eben nicht alle Menschen vor dem Gesetz gleich zu behandeln sind.



Eine klare Haltung zum Schutz der Grund- und Menschenrechte durch alle demokratischen Parteien ist das Gebot der Stunde. Diese klare Haltung muss sich darin zeigen, die gesellschaftlichen Werte auf Basis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu achten, zu respektieren und immer vorausschauend im Blick zu haben, welche Forderungen und Aussagen sich nachhaltig negativ auf alle Menschen in unserer Gesellschaft auswirken.

2. Migration und Flucht als zentrales Problem „entzaubern“

Die Themen Flucht und Migration dominieren auf politischer und gesellschaftlicher Ebene - sowohl medial als auch in vielen Debatten. Hierbei entsteht oftmals der Eindruck, dass die Aufnahme von Geflüchteten und unser Asylsystem die Ursache aller Herausforderungen in unserem Land sind. Soziale Probleme wie steigende Lebenshaltungskosten, mangelnder Wohnraum, mangelnde Kita-plätze, Bildungsgerechtigkeit und eine sozial verträgliche Energiewende rücken gleichzeitig immer weiter als zentrale Fokusthemen in den Hintergrund. Stattdessen wird der Gesellschaft suggeriert, dass eine immer restriktivere Flüchtlingspolitik die Herausforderungen in unserem Land und somit auch die sozialen Probleme lösen, die Ängste und Sorgen von Menschen abbauen und einen Rechtsruck verhindern kann. Eine Dauerbeschallung und Auseinandersetzung mit den Themen Flucht und Migration und ihre Stilisierung zum wichtigsten und dringlichsten Problem unseres Landes wirken sich jedoch genau gegenteilig aus. Sie bedienen populistische Interessen, stärken rechtsextremistische Tendenzen und beeinflussen Menschen erst recht in ihrer negativen Wahrnehmung von Geflüchteten.

Die Themen Migration und Flucht dürfen nicht länger die politischen Debatten als das zentrale Problem in unserem Land dominieren. Die Politik muss sich wieder verstärkt allen sozialen Themen unserer Gesellschaft widmen. Populistische Forderungen und Annahmen, die unsere Gesellschaft negativ beeinflussen, können durch einen Fokuswechsel eingedämmt und ihnen der Nährboden entzogen werden.



3. Zuversicht erzeugen - Mehrwert und Potenzial von Flucht und Migration betonen

Die aktuellen politischen Entwicklungen, die wirtschaftliche Situation unseres Landes, die Stimmung in der Gesellschaft und auch die globalen Entwicklungen und Krisen führen bei vielen Menschen zu Existenzängsten und Unzufriedenheit, die sich physisch und psychisch äußern können. Bei all diesen Entwicklungen demoralisiert und destabilisiert eine dauerhaft negative Herausstellung von Flucht und Migration das Wohlbefinden von allen Menschen zusätzlich.

Sie bietet keine Perspektive für Zuversicht und Hoffnung auf Besserung in unserem Land und folglich auf die Lebenssituation jedes Einzelnen.

Selbstverständlich müssen wir offen über die Herausforderungen im Themenfeld Flucht und Migration sprechen. Die Frage ist jedoch, wie wir dies zukünftig tun sollten. Hierbei geht es nicht darum, Ängste in Bezug auf diese Themen zu ignorieren. Vielmehr müssen diese Themen auch endlich wieder positiv besetzt und der Gesellschaft die Botschaft vermittelt werden, dass Herausforderungen zum Wohl aller Gesellschaftsmitglieder gemeistert werden können. Wir müssen wieder anfangen, den Mehrwert von Migration und Flucht aufzugreifen.

Zuwanderungen wirken sich positiv auf unser Wirtschaftswachstum aus.

Zugewanderte Menschen fördern bei einer schnellen und erfolgreichen Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt Innovationen, Wohlstand und moderne gesellschaftliche Entwicklungen. Ihr Beitrag wirkt sich positiv auf die Folgen des demographischen Wandels aus. Dieser Mehrwert entsteht aber nicht nur durch Menschen, die über die Fachkräftezuwanderung in unser Land kommen.

Geflüchtete, die sich bereits in unserem Land befinden und über vielfältige Potenziale und Ressourcen verfügen, können ebenfalls einen stabilisierenden und positiven Beitrag für unser Land leisten.

Die migrations- und flüchtlingspolitischen Debatten haben einen starken Einfluss auf das Wohlbefinden unserer Gesellschaft und jeden Einzelnen. Wir brauchen wieder eine Politik der Zuversicht, die vor allem in der Betrachtung der Themen Flucht und Migration die positiven Aspekte nicht verleugnet, sondern diese stets mit einbezieht. Szenarien, die düster und nur einseitig dargestellt werden, lösen jedoch keine Herausforderungen, sondern sie erzeugen Gefühle wie Hilflosigkeit, Verzweiflung, Demotivation und Sorgen.



4. Integration fördern

Die Förderung der Integration von zugewanderten Menschen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass sich der Mehrwert von Migration für unsere Gesellschaft entfalten kann. Um zugewanderte Menschen erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu vermitteln, sind verlässliche Integrationsangebote notwendig. In den aktuellen Debatten, die den Fokus auf Eindämmung und Begrenzung nach Außen richten und zugewanderte Menschen anhand ihrer Einreisewege stark differenzieren, wird man jedoch all den Geflüchteten nicht gerecht, die sich bereits in unserem Land befinden, sich integrieren und ihren Beitrag für Gesellschaft und Wirtschaft leisten möchten.

Eine schnelle und nachhaltige Integration - insbesondere in den Arbeitsmarkt - setzt einen starken politischen Willen voraus, den Mehrwert von Zuwanderung und einer guten Integrationsarbeit für unsere Gesellschaft anzuerkennen. Geflüchtete Menschen sollten von Beginn an einen schnellen und unbürokratischen Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten erhalten. Wir müssen wieder verstärkt den Aspekt der Integration als gesellschaftsstabilisierende Komponente betrachten. Eine erfolgreiche Integration kann Hass, Hetze und Vorurteile eindämmen und unser Land auch wieder wirtschaftlich stabilisieren.

5. Sicherheitspolitik differenziert betrachten

Jeder Mensch möchte sich sicher in dem Land fühlen, in dem er lebt. Es ist Aufgabe der Politik, für Sicherheit zu sorgen und auf diese Sicherheitsbedürfnisse einzugehen. Das Bedürfnis nach Sicherheit betrifft alle Menschen in unserer Gesellschaft - unabhängig ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus. Wir erleben in vielen Debatten, dass Themen wie „Terrorismus“ oder „Islamismus“ mit der Flüchtlings- und Migrationspolitik in einem Atemzug genannt werden. Maßnahmen wie das jüngst verabschiedete Sicherheitspaket verstärken die Wahrnehmung, dass unsere Sicherheitsprobleme stark verbunden sind mit Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und dass gegen sie mit Härte vorgegangen werden muss. Viele aktuelle politische und gesellschaftliche Debatten untermauern diese Wahrnehmung.



Vorurteile gegenüber Geflüchteten werden somit verstärkt und eine Verunsicherung und Spaltung der Gesellschaft weiter vorangetrieben. Auch länger in Deutschland lebende Migrant*innen fühlen sich durch die Verknüpfung der Themen Sicherheit und Zuwanderung stark verunsichert und auch nicht mehr willkommen. Sicherheitspolitische Maßnahmen sollten alle extremistischen Tendenzen und Radikalisierungen in den Blick nehmen. Hierbei muss der Rechtsextremismus genauso berücksichtigt werden, wie der Islamismus oder andere Formen von Terrorismus und Radikalisierungen.

Eine intensivierte Sicherheitspolitik muss stets alle extremistischen Tendenzen und Radikalisierungen berücksichtigen. Sie sollte den Anspruch haben, dem Sicherheitsbedürfnis aller Mitglieder unserer Gesellschaft nachzukommen, frei sein von Zuschreibungen und einzelne Taten differenziert betrachten. Die Vermischung von sicherheitspolitischen Themen in Verbindung mit der Migrations- und Flüchtlingspolitik befeuert populistische Interessen und Annahmen und bewirkt innerhalb der Gesellschaft Spaltungen und Verunsicherungen.

6. Expertise der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege berücksichtigen und Soziale Arbeit stärken

Soziale Organisationen und Verbände blicken seit Monaten sehr besorgt auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und die daraus entstehenden Folgen für unsere Gesellschaft. Sie weisen immer wieder darauf hin, dass härtere Maßnahmen und Forderungen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik verschiedene negative Synergieeffekte (v.a. das Stärken rechter Tendenzen) nach sich ziehen, die unsere gesellschaftlichen Werte in ihrer Substanz gefährden. Die Expertise von sozialen Organisationen und Verbänden muss stärker berücksichtigt werden. Die Herausforderungen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik sind ohne eine Beteiligung von sozialen Organisationen und Verbänden nicht zu lösen.

Die Migrations- und Flüchtlingspolitik muss stärker die freie Wohlfahrtspflege in der Frage nach Lösungsansätzen einbeziehen und diese als Expert*innen wahrnehmen und anhören. Gleichzeitig sollte der Stellenwert der Sozialen Arbeit in diesem Bereich gestärkt werden.



Neben einem Richtungswechsel ist eines unerlässlich: die Frage nach den Lösungen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik offen und ehrlich zu beantworten. Es gibt nicht „die eine schnelle Lösung“, genau so wenig wie man leugnen kann, dass Herausforderungen bestehen. Schnelle Lösungen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik, die Kontrolle suggerieren und mit unseren humanitären Werten kollidieren, ziehen fatale gesellschaftliche Entwicklungen nach sich und bergen ein hohes Konfliktpotenzial. Politik und Gesellschaft müssen auch in herausfordernden Zeiten Mut, Besonnenheit und eine klare Haltung für unsere gesellschaftlichen Werte auf Basis unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung besitzen. Die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Humanität und auch der Praktikabilität sollten gemeinsam stets in die Lösungsfindung mit einbezogen und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Politik und Gesellschaft können mit ihren Debatten und Lösungsansätzen nämlich eines „steuern“: Die Antwort auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir zukünftig leben und welche Werte wir vertreten möchten. Der Schutz der menschlichen Würde ist unantastbar und deshalb hierbei stets zu achten und zu respektieren.

17. Dezember 2024